

## „Wir haben gut zu tun“

Bremer Insolvenz-Experte zum Stillstand der Wirtschaft und zu drohenden Zahlungseingüssen

### Malte Köster

ist Fachanwalt für Insolvenzrecht und führt mit drei Partnern die Kanzlei Willmer-Köster. Neben dem Hauptsitz in Bremen hat das Unternehmen fünf weitere Standorte. Malte Köster ist 1975 in Gütersloh geboren. Zusammen mit seiner Familie lebt er heute in Bremen. Sein Studium brachte ihn zuvor nach Münster und Liverpool. Promoviert hat der Jurist an der Universität zu Köln mit einer Arbeit zum deutschen und englischen Insolvenzrecht.

**Herr Köster, als Insolvenzverwalter sind Sie Krisenmanager par excellence. Nun steckt aber die ganze Wirtschaft in einer Misere: ob Hoteller oder Friseur. Was geht Ihnen in diesen Tagen durch den Kopf?**

**Malte Köster:** Ich empfinde die Situation als surreal – im Alltag mit der Familie und als Unternehmer mit einer Kanzlei mit 100 Mitarbeitern. Derart extreme Einschnitte durch Kriege oder Naturkatastrophen hat meine Generation bisher nicht miterlebt. Ich beschäftige mich zwar beruflich fast ausschließlich mit Krisen und unternehmerischem Scheitern, und es gab auch in der Vergangenheit Fälle, die schicksalhaft waren. Doch nun überwiegt dieses Momentum: Kaufleute, die bisher erfolgreich gewirtschaftet haben, machen von einem Tag auf den anderen keinen Umsatz mehr. Das ist tragisch.

**Gibt es bereits vermehrt Unternehmen, die zahlungsunfähig sind?**

Eine große Insolvenzwelle, die man allein auf Corona zurückführen kann, sehen wir noch nicht. Obwohl es nun eine ganze Serie von Insolvenzen gegeben hat – insbesondere im Textilhandel mit Hiltl und Esprit oder im gastronomischen Bereich mit Maredo und Vapiano. Wir haben gut zu tun. An unseren Standorten in Bremen, Niedersachsen und Hamburg werden wir aber nicht in der Breite überrollt.

**Die Anfragen verändern sich aber doch sicher?**

Wir müssen hier zwei Kategorien unterscheiden. Es gibt Unternehmen, die bereits vor Corona angeschlagen waren. Die Krise hat ihre Probleme allenfalls verschärft, aber sie ist nicht Ursache der Zahlungsunfähigkeit. Auch die Insolvenz von Karstadt hat nicht nur mit Corona zu tun. Und dann gibt es Unternehmen, die erst mit Corona in Schieflage geraten sind. Ihre Anfragen mehren sich seit etwa zehn Tagen. Meine Erwartung ist, dass Fälle dieser Kategorie Richtung Mai weiter steigen werden. Denn nun gibt es die ersten Bescheide der KfW, und nicht jede Anfrage auf einen Kredit wird positiv beschieden werden.

**Denken Sie, dass eine Welle an Insolvenzen auf uns zukommen wird?**

Eine signifikante Zunahme erwarte ich. Ich würde aber nicht von einer Welle sprechen wollen. Aktuell haben wir einen Rückgang der Insolvenzzahlen. Da darf man sich von den prominenten Fällen nicht täuschen lassen. Ich erlebe das ein bisschen wie eine Art Schockstarre: Offensichtlich wird der Weg zum Insolvenzgericht gerade erst mit Verzögerung gegangen.

**Was bedeuten die Insolvenzen für eine Wirtschaft? Autohersteller und Zulieferer litten bereits schon vorher unter Einbußen. Das Wirtschaftswachstum fiel auch in Bremen zurück – keine guten Voraussetzungen, um den Stillstand zu verkraften.**



Malte Köster bereitet unter anderem die Textilbranche große Sorgen. FOTO: FRANK THOMAS KOCH

Nein. Wenn wir auf die Automobilbranche blicken, von der in Deutschland viel abhängt, dann sind die Bestellungen von Neuwagen ein wichtiger Indikator. Die sind um rund 30 Prozent zurückgegangen. Das ist eine immense Zahl. Ich glaube, dass sich eine Rezession, die sich auch schon vor Corona nach einigen Jahren der Hochkonjunktur abgezeichnet hat, nicht vermeiden lässt.

**Welche Branchen machen Ihnen die meisten Sorgen?**

Allen voran ist das der Einzelhandel und vor allem die Textilbranche. Da haben wir schon lange vor Corona viele Insolvenzen gesehen. Das wird jetzt massiv beschleunigt werden. Ich kenne die Branche aufgrund unserer Tä-

tigkeit bei Zero sehr gut. Sorgen macht mir auch die Automobilbranche, die in meiner Szene schon vorher im Fokus stand. Und dann sind alle, die mit Großveranstaltungen zu tun haben, betroffen. Dort ist bis in den Herbst nicht mit Lockerungen zu rechnen. Ob Handball, Fußball oder Eishockey – das wird es alles mindestens bis zum Herbst nicht geben. Genauso keine Konzerte in der Elbphilharmonie oder der Glocke. Sehr gebeutelt sind natürlich die Hotellerie und Gastronomie.

**Viele Unternehmer sorgen sich um ihre Existenz, wissen nicht, ob sie die Einschränkungen aushalten, weil es kaum einen Puffer gibt.**

Selbst bei Adidas waren alle sehr überrascht,

wie schnell trotz hoher Gewinne im Vorjahr Hilfe nötig war. Wenn Sie wirklich Null Euro Umsatz haben, dann geht das unglaublich rasant. Nehmen wir die Lufthansa als Beispiel: Eine Million verbrennt die Lufthansa wohl in einer Stunde. Die Rücklagen reichen dann keine drei Monate.

**Welchen Rat geben Sie als Krisenmanager den Unternehmen?**

Es gilt jetzt umso mehr, was schon vorher für jedes Krisenszenario galt: Es bringt nichts, die Augen vor der Realität zu verschließen. Also keine Vogelstraußtaktik. Es muss die Realität, von der ich eingangs sagte, sie sei fast eine Surrealität, angenommen werden – so bitter sie ist. In der jetzigen Zeit kann das Insolvenzverfahren das Mittel der Wahl sein, weil viele gerade mittelständische Unternehmen eben nicht im großen Stil Staatshilfen generieren werden.

**Reichen die Rettungspakete der Politik aus, um Insolvenzen zu verhindern?**

Die Motivation hinter den Maßnahmen ist sehr vernünftig. Die Politik hat immer gesagt: Wir möchten keinen Eingriff in den Wettbewerb. Unternehmen, die sich bereits länger in einer Krise befunden haben, sollen nicht überobligatorisch Hilfe bekommen.

**Dadurch entsteht zugleich ein Dilemma: Einerseits ist Tempo nötig, um die Unternehmen zu retten. Zugleich muss genau hingesehen werden.**

Ganz genau. Ich finde es aber richtig, dass die Politik kein Helikoptergeld an alle Unternehmen mit Problemen ausgeben wird – ohne Ansehen der Hintergründe. Wir leben in einem Rechtsstaat und müssen einen fairen Wettbewerb in unserer Wirtschaft abbilden.

**Am Fall Zero zeigt sich, dass eine Insolvenz nicht das Ende sein muss. Als die Bremer Modedekette zahlungsunfähig wurde, konnten Sie das Unternehmen retten. Nun steht die Wirtschaft Kopf. Lässt sich dennoch Hoffnung aus Erfolgen der Vergangenheit schöpfen?**

Ich habe bisher noch keinen Fall einer Insolvenz wegen Corona. Ich kann mir aber vorstellen, wie das ist: Den Werkzeugkoffer, den ich sonst als Insolvenzverwalter habe, kann ich da nur sehr bedingt nutzen. Zwar kann ich auch in diesen Fällen versuchen, Zuversicht zu verbreiten. Doch ich bin von externen Faktoren abhängig. Ich kann nicht erzwingen, dass ein Hotel oder Restaurant wieder öffnen darf. Hier muss man dann kreativ werden und etwa in einer Ruhephase Kurzarbeitergeld und Insolvenzgeld kombinieren. Das ist möglich.

**Wie verändert Corona Ihre Arbeit denn schon heute?**

Sehr. Zum einen arbeiten wir als Kanzlei im „Remote-Modus“. Aber auch in den Mandaten. Ende März wurde uns ein Mandant in Peine übertragen. Es geht um ein Krankenhaus mit 800 Mitarbeitern. Das Unternehmen befindet sich schon länger in einer Krise. Ich konnte nun keine Betriebsversammlung machen. Das ist für mich normalerweise ganz wichtig, um am Anfang die Mitarbeiter über meine Arbeit zu informieren. Das lässt sich am besten transportieren, wenn man den Menschen dabei in die Augen schauen kann. Hier mussten wir kreative andere Lösungen finden, um Transparenz zu schaffen.

**Das Gespräch führte Lisa Boekhoff.**

## Wirtschaftsverbände fordern klaren Fahrplan

Industrie ist „besorgt“ über 14-Tage-Pläne der Regierung – Altmaier will über Exit-Pakt verhandeln

VON ANDREAS HOENIG

**Berlin.** Spitzenverbände der Wirtschaft haben die Politik in der Corona-Krise vor einem Flickenteppich von Regelungen gewarnt und einen klaren Fahrplan für weitere Lockerungen gefordert. Industriepräsident Dieter Kempf sagte nach Beratungen mit Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) am Freitag in Berlin, jede Woche Verlängerung der Einschränkungen sei eine enorme Herausforderung für die Wirtschaft. Ein wirksamer Arbeitsschutz und das Wiederhochfahren der Wirtschaft könnten unter einen Hut gebracht werden, auch wenn es Engpässe bei der Schutzausrüstung gebe.

DIHK-Präsident Eric Schweitzer sagte, die Wirtschaft befinde sich in einer Krise von historischem Ausmaß. Vor allem für Branchen wie Hotels, Gaststätten und Tourismus fehle eine Perspektive, wie es weitergehen solle. Die Politik müsse einen „realitätstauglichen Fahrplan“ in Richtung Normalität entwickeln.

Bund und Länder hatten sich auf schrittweise Lockerungen von Corona-Maßnahmen verständigt, die Kontaktbeschränkungen wurden aber bis mindestens 3. Mai verlängert. Ende April wollen Bundesregierung und Ministerpräsidenten erneut beraten, wie es weitergeht. „Wir sind besorgt, dass sich die Vorbereitung der Politik zum Neustart in 14-Ta-

ges-Plänen erschöpft“, sagte Kempf. „Sie muss sich jetzt darauf vorbereiten, was sie beim nächsten Checkpoint entscheidet.“ Die Bundesregierung solle die mittel- und langfristigen Folgen der Krise stärker als bisher in den Blick nehmen. Der wirtschaftliche Wiedereintritt müsse sitzen. „Ein erneuter Shutdown hätte unabsehbare Folgen für das Land.“

Altmaier sagte, er habe um Verständnis gebeten, dass darauf geachtet werden müsse,

keine Rückschläge im Kampf gegen das Virus zu erleiden. Er werde weitere Gespräche mit der Wirtschaft führen, um einen „Pakt zum Exit“ zustande zu bringen, damit die Wirtschaft bald wieder in Fahrt komme.

In den nächsten Tagen werde er Vorschläge einbringen, so Altmaier, wie man wirtschaftliche Aktivitäten hochfahren und zugleich verhindern könne, dass die Ansteckungsgefahr zunehme. Der Wirtschaftsminister ver-

wies auf die umfassenden Hilfsprogramme der Politik. Man sei entschlossen, schwere Verwerfungen in der Wirtschaft zu verhindern.

**Mittelstand warnt vor Flickenteppich**

Kritik gibt es vor allem an der Regelung von Bund und Ländern, dass Geschäfte nur bis zu einer Verkaufsfläche von 800 Quadratmetern wieder öffnen dürfen – allerdings gibt es in einigen Bundesländern bereits Abweichungen davon. Der Präsident des Handelsverbands Deutschland, Josef Sanktjohanser, warnte vor Wettbewerbsverzerrungen. Die Regelung führe außerdem zur Verunsicherung der Kunden.

Auch der Mittelstandsverband warnte eindringlich vor einem Flickenteppich unterschiedlicher Regelungen. In einem Brief an die Ministerpräsidenten appellierte Hauptgeschäftsführer Ludwig Veltmann an die Politik, Perspektiven für die nach wie vor vom Geschäftsbetrieb ausgeschlossenen Unternehmen zu bieten.

Der Präsident des Bundesverbands mittelständische Wirtschaft, Mario Ohoven, sagte, viele Firmen seien weiter von einer Insolvenzwelle bedroht. „Wir erwarten, dass der Bund und die Länderregierungen spätestens bei ihren Beratungen in zwei Wochen einen umfassenden Exit-Fahrplan vorlegen.“



Im Gespräch mit Wirtschaftsminister Peter Altmaier warnte Josef Sanktjohanser, Präsident des Handelsverbands Deutschland (HDE), vor Wettbewerbsverzerrung und Vertrauensverlust der Konsumenten. FOTO: JOHN MACDOUGALL/DPA

## Mehrwert und Steuer

Mittendrin: Krise im Mittelstand

**Konditormeister Bernard Timphus vom Café Stecker berichtet jeden Tag von seiner Situation in Zeiten der Corona-Krise.**

FOTO: KUHAUPT



Gerade beschäftigt mich ein Thema, das erst einmal gar nicht so spannend klingt: die Mehrwertsteuer. Für Gastronomen ist sie aber von großer Bedeutung – und häufig ein Ärgernis.

Wenn wir ein Stück Torte verkaufen, kommt es darauf an, was der Kunde damit vorhat. Will er es bei uns direkt im Café essen, müssen wir 19 Prozent Mehrwertsteuer berechnen. Nimmt er es mit nach Hause, sind es nur sieben Prozent.

Viele fordern schon lange, diese Unterscheidung aufzuheben: sieben Prozent auf alles, das wars. Ich finde es gut, dass nun auch die Politik diesen Vorschlag ins Spiel gebracht hat. Er wäre eine große finanzielle Entlastung für die Gastronomie, die Cafés und die Kunden. Und: Es würde auch Sinn ergeben.

Als die verschiedenen Mehrwertsteuersätze eingeführt wurden, konnten es sich sowieso nur vermögende Menschen leisten, in Restaurants zu essen. Heute ist das anders: Wenn ich meine Mitarbeiter frage, wann sie zuletzt gekocht haben, kommen sie ins Grübeln. So geht es vielen, gerade Menschen, die alleine leben. Die Gastronomie ist mittlerweile ein Teil der Grundversorgung.

Weniger Mehrwertsteuer würde für uns heißen, dass wir das Geld anderweitig verwenden können. Denn die Kosten werden steigen, da bin ich mir sicher. Schon jetzt sehe ich, dass meine Rohstoffe teurer werden – egal, ob Sahne oder Mehl. Und auch die Beiträge zur Krankenversicherung werden sicher nicht auf dem aktuellen Niveau bleiben.

Trotz allem versuche ich, der Situation auch etwas Positives abzugewinnen: Der Mensch ist ein soziales Wesen. Das zeigt sich in der Krise einmal mehr. Wie viele Leute für ihre Nachbarn mit einkaufen oder über unseren Onlineshop Verwandten und Freunden eine Torte zukommen lassen, finde ich einfach toll. Wir rücken alle näher zusammen. Ich hoffe, das können wir auch nach Corona beibehalten.

**Aufgezeichnet von Stefan Lakeband.**

### KREUZFABRIK-SCHIFFBAUER

#### Meyer-Werft geht in Kurzarbeit

**Oldenburg/Papenburg** Der Kreuzfahrtschiffbauer Meyer-Werft an der Ems geht in der Corona-Pandemie ab Mai für zwei Monate in Kurzarbeit. Das teilte die Geschäftsführung am Freitag nach Gesprächen vor einer Einigungsstelle des Arbeitsgerichts Oldenburg mit. Im Streit über eine Begrenzung der Arbeit auf der Werft in Papenburg hatte der Betriebsrat das Arbeitsgericht angerufen. Die wöchentliche Arbeitszeit werde auf 30 Stunden reduziert, hieß es in der Mitteilung. Das Kurzarbeitergeld soll nach dieser Regelung aber nicht wie in anderen Betrieben aufgestockt werden. So sollten zusätzliche finanzielle Belastungen für die Werft vermieden werden. Die Meyer-Werft leidet unter dem Stillstand des Kreuzfahrttourismus in der Corona-Pandemie. Nach Einschätzung der Geschäftsführung wird die Branche auf Jahre hinaus keine neuen Schiffe abnehmen. Die Neubaufträge bis 2023 sollen deshalb möglichst gestreckt werden, um Abbestellungen zu vermeiden, wie Seniorchef Bernard Meyer sagte. DPA

### KARSTADT-KAUFHOF

#### Sachverwalter: Wird sicher keinen Kahlschlag geben

**Essen.** Der Sachverwalter der angeschlagenen Kaufhauskette Galeria Karstadt Kaufhof geht davon aus, dass viele Filialen die Krise überleben werden. „Es wird sicher keinen Kahlschlag geben“, sagte Frank Kebekus, der die Kaufhauskette durch das beantragte Schutzschirmverfahren führt, der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. „Ich hoffe natürlich, dass wir Lösungen finden, um möglichst wenige Häuser zu schließen, aber es wäre unseriös zu sagen, dass es keine Einschnitte geben muss“, sagte Kebekus. „Ob und in welchem Umfang es zum Abbau von Arbeitsplätzen kommen wird, werden die nächsten Wochen im Rahmen der Restrukturierung zeigen.“ Eine genaue Zahl könne er nicht nennen. DPA